

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Frau Präsidentin!

Geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Heute ist für dieses Parlament Nachsitzen angesagt. Denn zur Debatte um die künftige Mediengebühr zwar eine zweite Runde notwendig, weil sich die CDU schwer tat mit der Definition eines angemessenen und gerechten Beitrages, den die Wirtschaft zur Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks leisten soll.

Wir haben an zwei Punkten den Antrag nachgebessert und damit zu einem gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, FDP und Grüne gemacht: Private Haushalte sollen einheitlichen Betrag zahlen, der nicht über bisher hinaus geht. Bei der Wirtschaft legen wir Wert darauf, branchenspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen. Dabei müssen wir aber aufpassen, dass wir große Unternehmen nicht unterfordern bei der Mitfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und dafür die kleinen Betriebe, die die Wirtschaftskraft in unseren Regionen ausmachen, überfordern

Ich war aber schon überrascht, dass in der Ausschussdebatte, die wir ja nach der Verschiebung aus dem vorangegangenen Plenum erneut führen mussten, keine konkreten Vorschläge von der CDU kamen. Immerhin hatte man dort große Sorgen formuliert. Und der Landtagskollege Bley als oberster Vertreter des Handwerks hat sich ja in Briefen an die Medienpolitik zum Thema Rundfunkgebühr kritisch geäußert.

Wo waren aber die Vorschläge? Die lagen nicht vor. Nun gibt es endlich einen Kompromiss, der in der wirklichen Gestaltung der Mediengebühr aber im Allgemeinen bleibt.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen,

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Grundlage für die weitere politische Debatte bleibt das Eckpunktepapier zur Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, das die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen hat. Dort gibt es Aussagen zum nichtprivaten Bereich. Die nächste Zeit wird zeigen, inwieweit es hier noch zu Veränderungen kommen kann.

Ich warne aber davor, dass Paket völlig neu wieder aufzuschnüren, denn die Neuordnung der Mediengebühr ist heikel genug. Jede Sonderregelung für einen Bereich zieht weitere Änderungen und Begehrlichkeiten nach sich. Die Debatte wird noch schwer genug. Jede weitere Ausnahme belastet die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern. Erschwert die Akzeptanz der Mediengebühr.

Aufgabe der Politik muss aber sein, ein belastbares Rundfunkbeitragsmodell zu erarbeiten, dass die Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Rundfunk und im Internet sicherstellt

Ich habe das Gefühl, dass die Debatte um das neue Modell vor allem von der CDU dazu genutzt wird, generell den öffentlich-rechtlichen Auftrag zu überdenken und zu beschneiden. Anders ist die Debatte im September-Plenum nicht zu deuten. Ich möchte dazu aus der Süddeutschen Zeitung vom 9. Juli zitieren: „Aus Niedersachsen dagegen kommen schon drastische Prüfvorschläge, wie gemeinsame TV-Programme von MDR/RBB oder HR/SWR/SR sowie den Verzicht auf ZDF neo, BR alpha, Phoenix und 3sat.“

Das lehnt die SPD-Fraktion ab. Dazu ist die gesellschaftliche Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu wichtig. Wir wollen am Auftrag nicht schrauben! Wir wollen keine Radikalkur für den Qualitätsjournalismus.

Meine Damen und Herren,

Sie alle wissen, die KEF prüft die Finanzanmeldung der Sender und weist dann zu. Die Politik setzt diese Empfehlung um. Wir haben nicht das Recht, weniger

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Finanzvolumen zuzuweisen. Ich setze aber hier vor allem auf die Sensibilität der öffentlich-rechtlichen Sender, die ja auch wissen, dass an der Gebührenschaube nicht unendlich gedreht werden kann. Denn das beschädigt die Reputation und die Akzeptanz von ARD, ZDF und Deutschlandradio.

Job der Politik ist es nun, ein neues Rundfunkbeitragsmodell zu finden, dass die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichert sowie die Nutzer nicht über Gebühr belastet. In diesem Sinne ist auch der Antrag der Fraktion Die Linke zu werten. Dort wird die Sorge um die Gestaltung einer sozial ausgewogenen Mediengebühr thematisiert. Ich finde, der Appell dieses Antrags ist wichtig. Und wenn wir auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingehen, sollten wir dies auch für die Sozial Benachteiligten gelten. Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Fraktion Die Linke zustimmen.

Meine Fraktion hofft, mit diesem gemeinsamen Antrag, hinter dem sich die große Mehrheit in diesem Parlament stellt, auch den Ministerpräsidenten McAllister bei der weiteren Diskussion um die letztendlich Ausgestaltung der Gebühr zu beflügeln. Denn der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist – so wie es im Antrag steht – unentbehrlich. Das muss auch für Sie, Herr McAllister, Richtschnur des Handelns sein. Die Debatten der Zukunft dürfen keine Auftrags-Beschneidungsdebatte sein, sondern die Sicherung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf allen Übertragungswegen muss im Mittelpunkt stehen.

Vielen Dank!